**Hilferuf an die Politikerinnen und Politiker:
Existenznot freiberuflicher Integrations-Lehrkräfte durch Corona-Krise**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der Corona-Pandemie haben sämtliche Träger von Integrations- und Berufssprachkursen, darunter auch unser Auftraggeber, die Volkhochschule XY, seit heute für voraussichtlich fünf Wochen den Unterrichtsbetrieb eingestellt. Diese Entscheidung ist für uns einerseits absolut nachvollziehbar, andererseits bedeutet sie für uns einen kompletten Verdienstausfall, arbeiten wir doch alle leider nur auf Honorarbasis, d.h. wir verdienen nur dann Geld, wenn die Kurse stattfinden und wir arbeiten können.

Diese Auftragsverhältnisse lediglich auf Honorarbasis sind für uns prinzipiell schon schwierig, auch in Zeiten guter Auftragslage, aber jetzt wird die Situation für uns regelrecht bedrohlich. Unsere Kosten wie die Sozialversicherungsbeiträge und alle sonstigen Kosten für den Lebensunterhalt wie Wohnung, Strom, Heizung laufen selbstverständlich weiter, während keinerlei Einnahmen zu erwarten sind. Wie wir aus den Medien entnommen haben, planen zwar Bund und Länder Hilfsprogramme für Wirtschaftsunternehmen und Angestellte, wir Solo-Selbstständige blieben jedoch bisher unbenannt.

Wir bitten Sie daher inständig, auch uns in Hilfsprogramme einzubeziehen, denn wenn wir fünf Wochen oder länger ohne Einnahmen oder soziales Auffangnetz verbleiben, bedeutet dies für viele von uns die unverschuldete Privatinsolvenz, da wir in diesem Beruf wider aller Annahmen mit unseren Honorarsätzen keinerlei Rücklagen bilden können, sondern von Monat zu Monat und von Auftrag zu Auftrag leben müssen.

Die Corona-Krise hat uns wieder einmal bewusst gemacht, in welcher prekären Situation wir uns befinden. Neben Hilfen in der aktuellen Krisenlage geht es uns deshalb in unserem Brief auch um eine Veränderung der Arbeitsbedingungen für unseren Berufsstand in naher Zukunft, denn wir sind entgegen häufiger Annahme keine Hobby-Lehrer, sondern gut ausgebildete Lehrkräfte mit Hochschulabschluss und diversen Zusatzqualifikationen für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Damit tragen wir dazu bei, dass nach Deutschland eingewanderte Menschen hier sprachlich und gesellschaftlich ausgebildet und in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Wir wünschen uns aus diesem Grund eine höhere Wertschätzung von staatlicher Seite für unsere Arbeit, indem die Situation für uns Vollzeit-Lehrkräfte durch arbeitnehmerähnliche Beschäftigungsverhältnisse zu TVöD-angelehnten Gehältern verbessert wird. Trotz bester Uniabschlüsse und kontinuierlicher Weiterbildungen möchten wir uns nicht mehr länger als Lehrkräfte zweiter oder dritter Klasse in diesem Land eingestuft sehen, denn wir leisten einen wichtigen Beitrag für diese Gesellschaft.

Über Ihre Unterstützung in aktuellen Krisensitzungen und zukünftigen Planungen im Integrationsbereich freuen wir uns und bedanken uns herzlich für Ihre Zeit.

Mit hoffnungsvollen Grüßen